

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland

Streiks, höhere Gewalt und Betriebsführung entbinden den Verlag von der Haftung für Vergrößerung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30, Fernsprecher Nr. 1277

Abonnementpreis: Für die halbjährige Zeit 10 Mark. —
Kaufpreis im Abonnement 5,00 Mk. —
Kaufpreis Einzelhefte durch den Verlag des
„Politischen Wegweisers“ Halle (Saale),
Gr. Brauhausstraße 30.

Nummer 46

Halle (S.), 12. November 1927

3. Jahrgang

Die Krise der Finanzpolitik

Das Echo der Berossensklärung

Die Berossensklärung der Denkschrift Barke Wilberts der deutschen Antwort ist mit besonderer Spannung erwartet worden, nachdem Industriekreise schon einiges von den Beschlüssen des Reparationsagenten bekannt hatten. Deshalb hat auch Gilbert seine Zustimmung zu dieser Berossensklärung erteilt, die er ursprünglich nicht hatte. Wir kennen nun im einzelnen seine Meinung gegen die deutsche Finanzpolitik und femer auch die Gründe der Reichsregierung. Einen überwältigenden Eindruck hat die deutsche Note nicht gemacht. Nicht einmal inlande. Außer einigen Zentrumsblättern, wie der „Arbeiter“, die offenbar den Parteifreund Dr. Köhler nicht sticheln wollten, ist die Haltung der deutschen Note durchaus nicht wohlwollend. Selbst Organe der Reichsregierung, so zum Beispiel die „Tägliche Rundschau“, die Taktik als nicht gerade glücklich bezeichnet, wir müssen uns leider dieses Urteil aneignen. Das im Ausland aber ist einfach verwerfend. Dabei stellt die „Frankfurter Presse“, sowie sie für eine Verfertigung Deutschlands eintritt, noch beschlissmäßig günstig ab. Abnehmend aber zeigen sich die angloamerikanischen Journale. In ihrer Spitze die „Londoner Times“, die bei aller Wohlmeinung doch unmissbar die Engländer den Ausschlag gibt. Sie hat immer mit besonderer Vorliebe die Meinung amerikanischer Kapitalisten an der deutschen Finanzpolitik und eine Stärkung des deutschen Weltwerts darans befristet. Aber auch so bleibt die Tatsache bestehen, daß in dieser Frage die Weltmeinung über die deutsche Antwort abnimmt.

Das amerikanische Schachmat

Weniger wichtiger als die Stimmen der Presse sind die Urteile, die das Schachmat in Washington zu dieser Angelegenheit abgegeben hat. Sie sind unbedingt ablehnend. Man hat Deutschland vor, es habe die Kontrolle der Finanzen für die Länder und Gemeinden nicht genügend durchgesetzt und hier auch jetzt noch keine Gewähr für eine verlässliche Anleihepolitik. Daraus entsteht naturgemäß die Forderung, daß sich die internationalen Geldmärkte auf amerikanische deutsche Erfordernisse verstellen. Wir sehen hier eine gewisse Übertreibung, denn wie die deutsche Antwort zeigt, sind die deutschen Städte nicht als etwa die amerikanischen Unternehmer. Gas, Elektrizität, Straßenbahn und weiteres gehört uns zu den kommunalen Aufgaben, die als produktive Aufgaben naturgemäß Kapital erfordern, wenn sie arbeiten sollen. Trotzdem wird man gutsehen müssen, daß manche dieser Güter auszuweisen sind. Wenn man sich entschließt, welchen heftigen Angriffen der Reichsbankpräsident Dr. Schacht begegnete, als er zu bremsen verfuhr, wird man auf jeden Fall feststellen müssen, daß er eine gewisse Witterung für die Empfindungen des Auslandes beibehielt. Wäre man ihm gefolgt, so hätte sich vielleicht manches vermeiden lassen. Vor allem aber wird feststellen müssen, daß dieses schroffe Echo nicht nötig war. Die deutsche Antwort mußte nur geschickter abgefaßt werden, und was das wesentlichste ist, sich auf eine Finanzpolitik berufen können, an der es schwer war, Kritik zu üben.

Parteipolitik statt Staatspolitik

Seit dem Sturz des vorigen Kabinetts und der Ernennung Dr. Reischgolds durch Dr. Köhler ist die deutsche Finanzpolitik in unheilvoller Weise von der Parteipolitik beeinflusst worden. Die Fehler begannen sofort nach Bildung der neuen Regierung. Zunächst erhöhte man die Steuern und vergrößerte die Garantie, die ihnen für das Ausland und vergrößerte die Garantie, die ihnen für das Ausland wurde. Man kam partikularistischen Wünschen entgegen, namentlich der bayerischen Volkspartei, die ja in der ganzen Frage die unbefristete Führung hat. Schon damals erfolgte eine vorläufige Warnung des Generalratens, die denn auch bewirkte, daß Dr. Köhler jede weitere Veränderung des Finanzausgleichs als untragbar bezeichnete. Aber das genigte nicht. Man mußte sofort eine Verwalterreform in Angriff nehmen, die natürlich dann einen Sinn hatte, wenn sie bewußt auf Ver-

einseitigkeit des Reiches ausging. Angeordnet worden ist sie auch in der deutschen Note, aber in sehr unglücklicher Form und mit der Betonung, daß man das geschäftliche Vorgehen nicht außer Acht lassen darf. Im Grunde genommen ist das eine neue Verbeugung vor dem Partikularismus. Und wäre die Vereinfachung des Reiches eine der Hauptaufgaben der Gegenwart. Wir haben nicht das Vertrauen zu der jetzigen Regierung, daß sie diese Vereinfachung mit der notwendigen Entschlossenheit durchführen wird. Wer aber das Memorandum Gilberts liest, erkennt, daß gerade darauf der Dauptton gelegt worden ist.

Die neuen Ziele

Herr Dr. Köhler verteidigt die drei großen Gesetzentwürfe, die augenblicklich den Reichstag beschäftigen. Bei diesen hat er unbedingt Recht und kann verlangen, daß das deutsche Volk entschlossen hinter ihn tritt. Die Verwalterreform ist angeht der bestehenden Finanzierung eine Notwendigkeit, an der man nicht ohne schweren Schaden für das Vaterland und damit den Staat vorbeigehen kann. Die Erhebung des Liquidationsgesetzes ist eine Ehrenpflicht der Nation. Wenn Jahre warten jetzt die Auslandsdeutschen auf die ihnen zugehörige Entschädigung. Sie ist sowohl rechtlich wie moralisch begründet. Wenn wir wünschen, daß in Zukunft wieder Auslandsdeutsche als Kulturträger und Pioniere der Wirtschaft hinaus gehen, dann müssen sie auch das Gefühl haben, daß das Reich hinter ihnen steht. Das Schicksal hätte man ruhig preisgeben sollen, denn es hat an sich schon keine Eristenzberechtigung und wird nur Unheil stiften. Je eher es verschwindet, umso besser für den inneren Frieden. In diesen Punkten können wir der Regierung keine Gefolgschaft leisten. Leider aber macht es den Eindruck, als ob die herrschenden Parteien genau das Umgekehrte beabsichtigen. Sie kämpfen gegen das Schicksal, das zwar Herr Dr. Marx als einen Beweis von Toleranz bezeichnet hat, aber genau das Gegenteil ist, während sie sich in den beiden anderen Fragen offensichtlich bereits auf dem Rückzug befinden. Wir glauben, nicht falsch unterrichtet zu sein, wenn wir sagen, daß sehr starke Meinung dafür herrscht, das Liquidationsgesetz einfach ruhen zu lassen und das Beamtenbelohnungsgesetz in einer Form zu erlassen, die nicht berechtigten Wünschen entspricht. Man möchte gern die Diener der Nation mit einem Aufschlag abfinden und die eigentliche Reform vertagen. Diese Art Politik zu machen wird insofern bei den Wahlen die Antwort des deutschen Volkes finden.

Dämmernde Erkenntnis

Der deutschnationalen Reichstagsabgeordnete von Freytag-Loringhoven galt lange Zeit hindurch als einer der Seelherren seiner Partei. Umso bemerkenswerter ist es, daß er jetzt in Östlich in einer öffentlichen Versammlung Verwahrungen getan hat, die einen erheblichen Abbruch seiner rabulären Bestimmung beweisen. Wenn er das Recht hat, das ihm persönlich gar nicht liegt, damit verteidigt, daß so ist das nach unserer Auffassung falsch. Gerade die liberalen Parteien werden dabei nicht auf fahren und es ist ein Zeichen ihres Verfallens, daß sie trotzdem für eine Form eintreten, nachdem sich mancherlei Unbehagen in der bisherigen Praxis ergeben haben. Viel interessanter ist es, wenn er eine Verwalterreform wünscht, die sich dem Einheitsstaat nähert. Wir hoffen, daß die Deutschnationalen geschlossen diesen Wandel mitmachen. Entbietet werden kann ihre Hilfe nicht da das Zentrum mit Rücksicht auf seine sächsischen Anhänger und die bayerische Volkspartei hier völlig verfaßt, aber sich wahrscheinlich gern abstimmen lassen würde. Herr von Freytag-Loringhoven hat sich dann auch mit der Staatsform beschäftigt und erklärt, die Monarchie könne nur nach gewaltigen außenpolitischen Veränderungen wieder errichtet werden. Das bedeutet einen tatsächlichen Verzicht, denn es macht die Erfüllung monarchischer Hoffnungen von Wundern abhängig.

Der Storch am See

Lloyd George hat wieder eine innerpolitische Rede gehalten, die schon als Auftakt zu dem Wahlkampf zu betrachten ist. Das soll man sich namentlich bei uns sagen und nicht trügerische Hoffnungen an seine Worte knüpfen. Als es noch im Amt war, hat er alles das gemacht, was er jetzt kritisiert und wir haben die gleiche Erfahrung gemacht, daß er zur Macht zurückgekehrt, sich nicht anders verhalten würde. Bisig ist er immer gewesen. Am bekanntesten ist sein Ausspruch über das Haus des Lords, von dem er sagte, sein bester Teil liegt, wie bei den Kartoffeln, unter der Erde. Er hat auch jetzt ein sehr wichtiges Wort geprägt und seinen intimen Berater Chamberlain mit einem Storch verglichen, der am Lago Maggiore auf einem Stein steht und sich auf seinen Lacornobereichen ausruht. In der Geographie ist der große Staatsmann immer schlecht benannt worden und so ist ihm auch hier ein kleiner Irrtum unterlaufen. Doch das nur nebensächlich. In der Sache selbst ist er nicht im Recht. Auch wir haben mit wachsender Umgehung die Rückwirkungen von Locarno erwartet und sind über ihr bescheidenes Ausmaß enttäuscht gewesen. Auch wir hätten manchmal eine größere Entschlossenheit der englischen Politik für richtig erachtet. Aber der Grundfehler liegt in der Vergangenheit, für die Lloyd George verantwortlich zeichnet. Er war es, der in Versailles die Vornachstellung Frankreichs schuf, an der sich jetzt London so häufig stoßen muß. Chamberlain kann seinen Willen nicht durchsetzen, solange in Paris Poincaré regiert. Man muß daher abwarten, wie die französischen Wahlen im Mai ausfallen. Sollten die englischen Liberalen, wozu übrigens wenig Aussicht besteht, da bei den Gemeinderatswahlen die Arbeiterpartei auf ihre und der Konservativen Kosten beträchtliche Gewinne erzielt hat, wieder ans Ruder gelangen, so hätte er ja eine ausgezeichnete Gelegenheit, getriebenes Unrecht wieder gutzumachen. Vorbehaltlos können wir ihm nicht spenden.

Der Vorkämpferposten in Washington

Nachdem nunmehr die Entscheidung gefallen und der Nachfolger für Baron Malpas ernannt worden ist, lohnt es sich schon auf die Vorgänge, die sich daran schlossen, zurückzublicken. Ein erbitterter Kampf hat uns vielen Vorkämpferposten eingelegt, sobald Malpas das Opfer des Unglücks geworden war. Manche Kandidaten haben es abgesehen, nach Washington zu gehen. Zum Teil spielten politische und persönliche Gründe mit. Andere, die stark bedrängt wurden und selbst den nötigen Energie aufbrachten, sind mit Recht übergegangen worden. Stresemann entschied sich für Britton und Gaffron, der in Rom als Vorkämpfer tätig war. Schon als diese Möglichkeit auftauchte, begann ein Sturm auf die deutschnationalen Kreise, denn Britton ist Republikaner und nach Ansicht dieser Kreise hat die Republik nur Monarchisten in der nächsten Zukunft zu fördern. Auch seine Jugend wurde ihm vorgeworfen, obwohl er ebenso alt ist, wie manche deutschnationalen Minister. Stresemann blieb glücklicherweise fest. Eine amtliche Erklärung hat dann festgestellt, daß es sich hier um eine reformistische Angelegenheit des auswärtigen Amtes handelte und daher die Ernennung durch den Reichspräsidenten unter Bezugnahme des Außenministers vollzogen wurde. Dieser hielt trotz nur scheinbar den Berliner Lokalzeitungen, der sich wieder, wie so oft, am wilden gebärde, in Wirklichkeit aber auch einige Kollegen des Herrn Dr. Stresemann, die es sich wahrscheinlich sehr energisch verbeten hätten, wenn man ihre Personalveränderungen, die meist mit Familienbeziehungen in Verbindung stehen, zum Gegenstand einer Kabinettsberatung gemacht hätte. Auch das ist ein kleiner Beitrag zur Zeitgeschichte.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen

Es ist dem Kanzler und den vorkämpferischen Ministern im Kabinett gelungen, die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Polen durchzusetzen. Außenpolitische Gründe zwangen dazu, auch bränge die Wirtschaft auf den Einbezug des Zollkrieges. Die Ausichten sind allerdings nicht sehr günstig. Einmal, weil Polen überbeanspruchte Forderungen stellt, die einfach unannehmbar sind, so dann aber auch weil die Gegenstände zwischen Industrie und Landwirtschaft gerade in dieser Frage heftig aufeinanderprallen. Der deutsche Osten besonders wehrt sich gegen die Einfuhr von Kartoffeln und Schweinen, die ihn schwer treffen würde. Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß diesmal die Landwirtschaft betriebe ausnahmslos zusammen steht und damit die Schwereindustrie ungenügend, groß sind. Richard May

Die Werbearbeit

für die Deutsche Demokratische Partei wird jetzt wieder aufgenommen werden. — Jeder Demokrat ist zur Mitarbeit verpflichtet.

Diplomaten-Wahl.

Nach dem Kampf um die Washingtoner Botschaft.

Es gab vor dem Kriege für folgende Eltern und weitstrebende junge Akademiker ein Wöchlein mit dem Inhalt: „Wie werde ich Diplomat?“ Es ist nicht bekannt, ob dieses Wöchlein nach der Staatsumwälzung in fortgesetzter Neuauflage herausgegeben ist. Es ist nicht einmal fertig, ob das notwendig wäre. Denn selbst wenn man alle Voraussetzungen, die dieses Wöchlein für die Vorbereitungen zum diplomatischen Dienst fordert, erfüllen sollte, so ist auch heute noch lange nicht gesagt, daß man dann wirklich Diplomat werden könnte. Kurz nach dem Kriege war man sich nicht ganz, einmal von dem diplomatischen Exzerptenregiment abzuwenden und Männer für diese wichtigsten Posten der deutschen Auslandsvertretung zu bestimmen, die weder die vorchristlichen juristischen Karrieren hinter sich hatten, noch zum Kolner S. C. gehörten, auch keine Offiziere eines feindlichen Regiments waren. Aber diese Zeiten sind wohl vorbei. Wie vieles andere, so haben sich auch hier die Verhältnisse wieder „stabilisiert“, es ist schwer, wenn nicht unmöglich, selbst wenn besten Willen des Außenministers einen Mann in dem Götter zu setzen, der gewissen Vorbereitungen nun einmal nicht genügt.

Als der viel bewährte, von allen Seiten hoch geschätzte Kritiker von Malchow auf je tragische Weise so früh aus dem Leben gerissen wurde, begann der Kampf um seine Nachfolge. Man fand zu gewissen Zeiten dieser Personalabteilung unter dem Eindruck eines großen Ramens. Es soll Leute gegeben haben, die alle, aber auch alle Hebel in Bewegung gesetzt haben, um auf diesen Posten zu kommen. Dabei ist heute die Wahl eines deutschen Botschafters in Washington hauptsächlich eine einfache Angelegenheit. Amerika bedeutet heute nicht nur für Deutschland, für Europa überhaupt, einen der großen Anziehungspunkte, wenn nicht den Anziehungspunkt der Außenpolitik. Und die Vertretung in diesem Lande ist vielleicht die wichtigste, auf die es augenblicklich ankommt. Man vergewaltigt sich nur, daß das nächste Jahr die reparationspolitischen Probleme noch weit mehr in den Vordergrund rücken wird, als das schon jetzt geschehen ist. Und es war deshalb wohl kein Zufall, daß der verantwortliche Leiter der deutschen Außenpolitik zunächst daran dachte, das Amt des Washingtoner Botschafters nicht mit einem Par-Diplomaten zu besetzen, sondern mit einem Manne, der zwar großes diplomatisches, faktisches Geschick besitzen hat, der aber vor allem die wirtschaftlichen Fragen bis in ihre Einzelheiten beherrscht. Aber die Kandidatur Reinholds, die aus diesen Gründen in die vorerste Linie gerückt war, mußte schließlich doch ausfallen werden. Nicht etwa, weil Reinhold gewisse Vorbereitungen, auf die wir oben hingewiesen haben, nicht erfüllte, sondern weil — das ist ja inzwischen bekannt geworden — das sehr deutsche persönliche Bilde des Reichsfinanzministers Dr. Schäfer nicht dazu geeignet war, die Besenkung zu akzeptieren, die Reinhold selbst geltend gemacht hat.

Nun war guter Rat teuer. Das Kampffeld, wie wir es in allen jenen Anzeichen aus der Wartungszeit kennen, begann. Erstlich bleibt immerhin, daß der Außenminister hierbei offenbar ruhig Blut bewahrt hat. So manche Kandidatur, die eifrig betrieben wurde, hat er ganz oder teilweise außer Acht gelassen. Und als die Name des Botschafters von Britzsch und Gaffron aufsaugte, wurde man, daß man an maßgebender Stelle darauf legte, jüngere Kräfte zu mobilisieren. Das allerdings ist ein Vorbehalt in diesem Kampffeld. Und man darf nur hoffen, daß es dabei zugleich gelingen ist, auch eine hervorragende Kraft in den Dienst der deutschen Auslandsvertretung an die verantwortliche Stelle zu setzen. Der neue Botschafter ist, das liegt in der Natur ihrer bisherigen Stellung, in der Öffentlichkeit ein noch wenig bekannter Mann. Und so ist es verständlich, daß man sich dort, wo man auf eine wirkliche gute Lösung dieser Frage Wert gelegt hat, in der Beurteilung dieser Wahl einige Zurückhaltung aufweist. Gewisse Kreise sind allerdings dabei, schon jetzt gegen den neuen deutschen Vertreter für Washington Stimmung zu machen. Es wird

übel bemerkt, daß Herr von Britzsch sich nach der Staatsumwälzung postito auf den Boden der gegebenen Tatsachen gestellt hat. Wir sind immerhin der Ansicht, daß sein Fehler sein kann, wenn diese politische Neuorientierung wirklich fundiert war und bleibt. Der neue Botschafter ist den Amerikanern nicht unbelannt. Er hat früher schon einmal, als Attaché in Washington gearbeitet. So kommt er in ein nicht ganz fremdes Milieu. Und wenn man auch nicht weiß, ob er die wirtschaftlichen Probleme so weit beherrscht, daß er für die Reparationspolitik nutzbar zu machen wäre, so darf man doch hoffen, daß er sich in diese Dinge hineinfinden wird, zumal er in seiner Botschaft an nächstleibende Stelle einen Mann vorfindet, der schon durch seine Teilnahme an der Londoner Konferenz mit diesen alten Fragen ausgiebig vertraut ist. Die Amerikaner scheinen dem Nachfolger Malchows sehr freundlich gegenüber zu sein. Bereits die ersten Pressestimmen geben davon Zeugnis. Hingegen, daß Herr von Britzsch einige Beziehungen zum Carnegie-Institut hat, was immerhin von Wert ist. Wo gute Vorbereitungen für die erfolgreiche Arbeit sind, und man darf nur hoffen, daß der neue Mann sie nach jeder Richtung hin nutzbar zu machen weiß.

Wenn in diesem Zusammenhang etwas Grundrissiges zur Diplomatenwahl gesagt wird, wie wir das eingangs bereits getan haben, so richtet sich das natürlich nicht gegen die Verantwortlichen des neuen Mannes, dem man im Interesse der Weiterführung und Aufwärtsentwicklung der deutschen Politik nur das Beste wünschen kann. Aber es erscheint doch nachdrücklich notwendig, einmal offen darauf hinzuweisen, daß sich auch diesmal wieder gezeigt hat, wie stark jene Kreise sind, zum mindesten sich machen, die da meinen, daß gerade die Diplomatie sich in Bahnen bewegen muß, die für das wilhelminische System kennzeichnend waren. Der Außenminister darf sicher kein, er ist allerdings finden wird, falls diese Kreise, wie jetzt angekündigt wird, es unternehmen sollten, neue Methoden bei der Diplomatenwahl zu erproben. Es ist doch so, daß der verantwortliche Leiter der Außenpolitik allein dazu berufen ist, beim Reichspräsidenten die Entscheidung nachzugehen. Es wäre verhängnisvoll, wenn auch hierbei noch Koalitionskämpfe zu nehmen wären.

Barter Gilbert und Poincaré.

Reparationsstrijt?

Von Karl Brämmer.

Der französische Ministerpräsident Poincaré hat ebenso wie die Reparationskommission in Paris das Memorandum des Reparationsagenten Barter Gilbert gelesen. Man schreibt sich in Deutschland die Köpfe darüber, ob Barter Gilbert ein deutschfreundlicher Mann ist. Eine überflüssige Frage. Barter Gilbert mag er deutschfreundlich sein oder nicht, ist der Vertreter der Reparationskommission treibt keine Stumpfsinnigkeit, sondern er sieht die Wirtschaft und die Finanzen des Reiches, und wir alle haben darin den großen Vorteil gesehen, daß durch den Dawesplan die Reparationsfrage aus der politischen Sphäre, so weit das nur irgendwie möglich ist, herausgenommen wurde.

Poincaré aber ist der Ministerpräsident Frankreichs. Er will, in seinem Sinne, französische Politik machen, und er weiß, daß in Frankreich im nächsten Jahre die Kammerwahlen stattfinden. Glaubt irgend jemand, daß Poincaré dieses Memorandum nicht für seine Zwecke ausnutzen wolle? Die Reden des französischen Ministerpräsidenten haben in der letzten Zeit eine leichte Wandlung erfahren, aber wer will sagen, daß sich dieser alte Lehrsinger gewandelt habe?

Die deutsche Außenpolitik stagniert seit Monaten. Die Herannahende der Deutschnationalen in die Regierung verminderte die eingetretene Situation nicht aufzutauen. Wer

glaubt im Ernst, daß das Memorandum Barter Gilbert eine Erleichterung unserer außenpolitischen Lage ist? Illusionen nützen nichts, und die optimistische fassung der Reichsregierung über die wirtschaftliche Lage ist nicht mehr. Unsere außenpolitische Lage ist leicht. Und sie wird durch dieses Memorandum best nicht erleichtert. Gewiß, es ist nicht mehr so, wie zur der ersten Londoner Konferenz, und eine Krise wie Beginn des Jahres 1925 wird auch kaum mehr eint. Deutschland ist heute zu einem sehr erheblichen Teil schafflich mit der Welt und insbesondere mit den 5 glaubiggläubig verflochten. Die Katastrophengefahr vorüber, aber das ist noch nicht die Zeit.

Im Bericht Barter Gilberts finden sich harte Worte. Deutschland habe nicht mit gehöriger Bereitschaft seiner Entschädigungsverpflichtung, Deutschland treibe kurzfristige und ungeduldige innere Politik. Es würde ein Ueberraschendes haben, wenn aufstrebende Beobachtung den Schluß ziehen würden, daß die im letzten Jahre folgende Finanzpolitik nicht im Interesse von Deutschland Reparationsverpflichtungen auf Grund des Dawesplans gewesen ist. Ist dieser letzte Satz nicht geradezu ein **Schrei für Poincaré?** Hingegen kommen die Auseinandersetzungen über die Transfersfrage. Der Reparationsplan betont, daß die Verantwortlichkeit der Reichsregierung nicht mit den internen Zahlungen endet, und die Regierung antwortet, daß die Probe, ob ein erster Transfer möglich ist, noch bevorsteht. Kein Zweifel besteht darüber und in der letzten Nummer des „Lullach“ ist es noch vorgegeben, daß die Möglichkeiten des Transfers in Abhängigkeit nicht allein von dem guten Willen Deutschlands abhängen, sondern ebenso von der Bereitwilligkeit der übrigen, deutsche Waren aufzunehmen.

Damit kommt man zur großen grundsätzlichen Forderung. Barter Gilbert schreibt: Das Ziel des Abkommens darin, das Reparationsproblem nach einem Programm, welches, wie die Sachverständigen hervorheben, sich den tatsächlichen Verhältnissen anpaßt, der Prüfung durch praktische Erfahrung zu unterziehen. Diese Auffassung ist es von grundlegender Wichtigkeit, die Reichsregierung eine faire Erprobung des Planes statet und daß sie, während die Probe vor sich geht, in der Führung ihrer Angelegenheiten Fortschritt macht. Barter Gilbert hat vorher betont, daß er die Forderung der Reichsregierung, die Zuführung einer solchen Erfüllung, „zum vollen Werte“, annimmt. **Es ist jetzt darauf an, auf jeden Fall eine Reparationsstrijt vermeiden.** Auch in England ist man der Auffassung, bei uns. Eine Reparationsstrijt ist in diesem Augenblick unerwünscht, da sie den deutschen Kredit zerstört. In müssen in der Reparationsfrage über den Dawesplan hinaus ausenden. Die Entlohnung ist noch nicht gefunden. Die Lösung der schwierigen Frage der Gesamtheit der deutschen Reparationen und der Transfermöglichkeiten erfolgt in ruhigen Zeiten, als in Tagen der Krisis. Die Forderungen der Probe müssen in Ruhe ausgenutzt werden. Schon wachen Erkenntnisse. Männer wie Caillaux, Dal und Stams, Wirtschaftsautoritäten des Auslandes, treten heute schon die Meinung, daß der Dawesplan nicht Endgültiges sein kann, weil es Deutschland nicht gelingt wird, einen solchen Einflußbereich zu erzielen, wie auf die Dauer nötig ist, um die Zahlungsbilanz Deutschlands gegenüber der fortgesetzten Schwächung der deutschen Wirtschaft durch die Reparationen auszugleichen. Dieser Erkenntnisprozess darf nicht gestört werden, nicht durch die wilden Männer am Hügelberg und nicht durch eine widerprüchliche deutsche Finanzpolitik. Köhler ver folgt als Reichsfinanzminister gewiß das gleiche außenpolitische Ziel, wie Herr Stresemann. Aber er läßt sich frei von der Ministerialbürokratie, er führt nicht, er es befehligt ist die Gefahr, daß er Poincaré und allen, die wie Poincaré denken, ungewollt Trümmer in die Han

Raumanns Lehr- und Wanderjahre.

Von Margarete Raumann.

Als ich Jahre nach dem Tode Friedrich Raumanns liegt uns seine Schwelmer Erinnerungen vor, die alle Gedanken der Beerdigung für Raumann lebendig werden lassen (Friedrich Raumanns Kindheit und Jugend“ von Margarete Raumann, Leopold Klotz-Verlag, Gotha). In diesen Erinnerungen wird Raumanns Kindheit und Jugend geschildert, seine Lehr- und Wanderjahre. In diesen Erinnerungen wird auch erzählt von Raumanns Mähenheit im „Mähen Hause“. Die Schwelmer berichtet darüber:

„Man hat von Friedrich Raumann manchmal gesagt, er kennt keine Einzelnen, er kennt nur die Masse. Im Mähen Hause ging er einzelnen Knabenessen nach, je nachdem mit Geduld und Liebe oder auch mit Strenge. Daß die Knaben sehr streng gehalten und immer beschäftigt werden mußten, war Grundprinzip. „Ja, wenn es so wäre, daß man nur dann mit den Jungen sprechen sollte, wenn ernste Dinge es fordern, dann wäre es leicht. Aber die Hauptsache, ein wenig Zutrauen, ist nur durch lange, oft sehr lange treue Mühe zu erreichen. Wenn ich bedachte, daß ich als Schüler keinen Menschen gehabt habe, zu dem ich ein wirklich herzliches Zutrauen hätte fassen können, weiß ich, wieviel es heißt, wenn man einem Jungen so weit zum Zutrauen werden will, daß er offen wird.“ Er findet noch und nach heraus, daß die Knaben bei besonderen Streitfällen meist ganz unzugänglich sind, daß sie auch über die eigentlichen inneren Fragen ihres Lebens nicht gern direkt sprechen; aber sie kommen, wenn die Eltern front sind, oder wenn es ihnen in der Klasse schwer wird, oder wenn sie sich Gedanken über ihre Zukunft machen. Dann kann man auch im Laufe des Gesprächs ein ernstes Wort einschleichen, ohne sie damit zurückzuführen. So weit es möglich ist, opfert er ihnen die Abende, und sie haben es gern, wenn er ihnen von Meisen oder aus der Studentenseit erzählt.

Schließlich einschloß sich Raumann, sich für Michaeli 1885 zum Kandidaten-Examen in Dresden zu melden und sein Amt als „Familienvater“ aufzugeben, um für die letzten Monate neben dem Unterricht Zeit zur eigenen Arbeit zu finden. Damit nahm er Abschied von seinen Lehr- und Wanderjahren. Sie hatten ihm nicht alle Tieren des Lebens gleichmäßig geöffnet; hatten ihn nicht in das gesellige Leben eingeführt, ihn wenig mit Frauen in Berührung gebracht, ihn wenig Anspannung und Mühe für die vornehmere Kunst geboten. Aber sie hatten eine schnelle innere weit vorwärtsreichende Entwicklung vom Jüngling zum Mann gefördert. Das Rauhe Haus war der Wurzelboden für alle weitere Lebensarbeit geworden. Er hat die dort erlebten Jahre stets zu den besten seines Lebens gerechnet.

Nachdem Friedrich Raumann das Rauhe Haus verlassen hatte, übernahm er, noch sehr unter dem Einfluß von unseres Vaters Wünschen stehend, ein kleines Pfarramt in Dorfe Langenberg in Sachsen. Es brachte ihn außer mit den Bauern auch mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Industrie in enge Berührung. Neue Arbeitsgebiete öffneten sich und führten ihn in Probleme hinein, die sein weiteres Leben bestimmten. Von der Religion und Kirche her suchte er die Lösung während seiner Tätigkeit als Vereinsgeschäftsführer in Frankfurt (Main). Bis die ganze wichtige Realität und Bindung des gegebenen Staatslebens und seiner sich in ihm auswirkenden Kräfte es ihm unmöglich erschienen sich, neben ihm und nicht mit ihm seinen Weg und sein Ziel weiter zu verfolgen. So kam es zur Gründung des Nationalsozialistischen Vereins 1896, zur Ueberführung nach Berlin, zum Eintritt ins politische Leben und in den Parteikampf, bis ihn der Tod unerwartet aus einem Leben riss, das gerade nach der Revolution noch eine Fülle der Aufgaben für ihn zu bieten schien.

Was schon unsers Bruders Kindheit und Jugend nicht das, was man im allgemeinen unter einer glücklichen sorglosen Jugendzeit versteht, so war er erst recht in seinem ersten Mannesjahre für sorgloses Dahinleben nur wenig

Raum frei. Und doch hatte er bei dem vielen Schwere was er zu tragen hatte, vor vielen ein großes Glück vor sich. Sein Lebensweg stand unter einem Leichten, eine Ziel, das mit seinem persönlichen Wohl und Wehe nicht zu tun hatte, das alle Höhen seines bewegten Lebens einleitete, war unzerbrochen. Ob er Pfarre, Vereinsgeschäftliche Redakteur oder Parlamentarier war, war nicht wesentlich in seiner Lebensentscheidung. Aber daß ein Teil unsere deutschen Völker sich nicht ganz zum Volke rechnete und nicht dazu gerechnet wurde, und daß Mittel und Wege gefunden werden müßten, diese Volksgenossen einzuliefern in die deutsche Staatsgemeinschaft und in ihnen den Willen zu erwecken, sich einzuliefern, das waren die Kenntnisse und Zielsetzungen, die aus seinem innersten Willen herausstrahlten und immer mit ihm gingen.

Aus seiner Jugendzeit brachte er das reichste Verantwortungsgesühl mit, die Achtung vor dem ersten Willen und die Anerkennung des Menschentums in Leben, und dem Geringsten. Er brachte auch eine fröhliche Lebensbejahung mit und eine unmittelbare große Freude an der Natur und an schönen, gelingenden Menschenwerk. Da ein Menschenleben nicht ausreicht für eine große Aufgabe war ihm wohl bewußt, als er 1898 in einem Briefe schrieb: „Gott gab uns den Beruf, einen waterländischen Sozialismus auf christlicher Grundlage zu pflegen. Dienen Sie gehört unser Leben. Wenn wir zerbrechen, ehe die Hoffnungen sich verwirklicht haben, dann werden andere hinter uns und neben uns emporkommen. Das, was wir wollen, ist notwendig, und deshalb muß es kommen und werden.“ Und so ist es gewesen, als er am 24. August 1919 mitten aus Plänen für eine neue Zukunft daungerufen wurde und in Trauermünde die Augen schloß. Nun gilt von ihm, was er einst von Wiegand schrieb: „Jetzt müssen wir von mancher Trauer, die er nicht mehr erleben konnte. Wir wissen auch von manchem Anden, der seine Arbeit nicht gelohnt hat. Wir sehen auch Früchte, die anders sind, als er sie sich dachte. Der Samen ruht, die Saat gedeiht. Er ist aus dem Getriebe der Liebesarbeit verlegt in das Reich der ewigen Liebe.“

... der Entschuldigung, daß alles seine Zeit haben
... nicht getan. Es ist höchste Zeit für die Ver
... gesehene und für den Abbau der öffentlichen Aus
... de Verzögerung ist von Uebel. In unserem ureigen
... tere sind jetzt Enten notwendig. Gerade wegen
... wärigerkeit des Damensplanes, und weil der West
... läßt unabänderlich ist und sein kann, deshalb darf
... die Entscheidung nicht gestört werden. Die Rechts
... trägt in diesem Augenblick wohl die schwerste
... mung sei ihrem Bestehen. Man kann nur hoffen,
... sich des Ernstes der Situation voll bewußt ist.

Oratorsführer über den Einheitsstaat.

... Auftakt für den heftigen Wahlkampf fand in Mainz
... ehe Versammlung statt, die außerordentlich zahlreich be
... und in der der demokratische Parteivorstand die Koch
... der höchste demokratische Spitzenlandrat Pfarrer
... rathen. Der Redner sprach über die Lebensfrage über die
... und führte im Hinblick auf die Reparationsfrage
... daß nach seiner Meinung der Einheitsstaat als un
... möglich werde, nicht in erster Linie an der Frage der
... ngung der Kosten, sondern an der Unmöglichkeit, die
... e Markt in Gold bezug in Devisen zu übertragen. Er sei
... daß der Reparationsvertrag Barter Gütern spätestens
... 1929 die Frage der Restion des Damensplanes aufzu
... genügt sein wird.
... der Redner befahte sich dann mit den Fragen des Einheits
... und hob hervor, daß die Föderalisten von der Erz
... des Heimatgefühls durch den Einheitsstaat sprechen.
... sei so falsch wie dies. Das Heimatgefühl werde bei der
... ung eines Einheitsstaates nie erlöschen. Das Sehnen des
... Volkes sei erst dann erfüllt, wenn wir den gespann
... ten Einheitsstaat haben, in dem selbstverständlich die
... Verwaltung genügend hoch gehalten wird. Schließlich
... e Koch-Redner noch eindringlich davor, in das Schul
... die Bestimmung mit aufzunehmen, daß die Simultan
... in den Ländern, wo sie jetzt besteht, nur für eine be
... Zeit erhalten werde, wie es die Deutsche Volkspartei
... Ein. Ein solcher Eventual-Zustand sei schlimmer kulturel
... litarismus.

... Anschließung sprach dann Pfarrer Kottel und führte, aus
... von dem Freistaat Hessen, die Erörterung über den
... istakt fort. Die Demokraten haben eine Bewegung im
... für den Einheitsstaat in Hessen entwirft, die das Mi
... und den Landtag nötigen sollen, sich mit der Frage
... schäftig, ob Hessen weiterhin seine staatliche Eigen
... erhalten soll. Bei dem Einheitsstaat würde i. B. die
... Mainz eine ganz andere Ausdehnung und Bedeutung
... an als bisher trotz der Behauptung. Jetzt wäre sie
... schreit, da eine großzügige Kommunalpolitik verhindert
... durch die Tatsache, daß die Bevölkerung vor den Toren
... hert Mainz auf fremde Landesgrenzen stößt. Die hies
... ige Länder werden durch das Beispiel Hessens ihren
... stand aufgeben. Hessen ist in diesen Fragen seinen
... angen, so beim Führertum und bei der Einheitsstaat
... Die Demokraten können nicht daran, der Bevölkerung ein
... Programm für den Einheitsstaat aufzudrängen, aber sie
... nicht gutwillig, die Frage nicht mehr rufen zu las
... und im Falle den vorhandenen Willen zum Einheitsstaat
... ären und zu härten.

Das Zentrum und der Reichsfinanzminister

... In der Zentrumsprelle wird die Behauptung, daß man
... in Kreisen der eigenen Partei mit dem Reichsfinanz
... Dr. Köhler, namentlich mit seiner Haltung in der
... einanderbeziehung mit dem Reparationsagenten keineswegs
... zufrieden sei, energisch bestritten. Das mag zutreffen, so
... es sich um die Abwehr von Angriffen handelt, die für die
... igung des Herrn Dr. Köhler auch die Hilfe von Zentrums
... in Anspruch nehmen wollen. Daß man es aber auch um
... rüstungselbst für sehr notwendig hält, die Politik des
... Finanzministers, und namentlich seine Reparations
... einmal gründlich zu erörtern, — und zwar keineswegs
... theoretisch, — das beweist die Tatsache, daß das Zentrum
... Donnerstag nachmittag eine Sitzung nach Berlin einberufen
... an der auch die Reichstags- und Landtagsfraktionen teil
... werden, und auf deren Tagesordnung als wesentlichster
... takt eben diese Fragen stehen. Es scheint, daß das Zentrum
... stigt, durch Anträge seiner Reichstagsfraktion zu den
... tlichen Finanzpolitischen Problemen dazu zu helfen, daß
... zweifellos erheblich geschwächte Position seines Finanz
... tters vor dem Parlament gestärkt wird.

Reichstonsferenz des Republikanischen Reichsbundes.

... In den Räumen des Demokratischen Klubs in Berlin fand
... Sonntag eine Reichstonsferenz des Deutschen Republikani
... Reichsbundes statt. Einmütig wurde eine Resolution
... genommen, die den großen Fortschritt begründet, den der Ge
... des Einheitsstaates seit der vorjährigen Reichstonsfer
... angenommen habe. Es wird gefordert, daß die Staats
... der nur verfassungsgemäßen Republikanismen anzuerkennen
... daß der Verfassungstag zum Nationalfeierstag erklärt
... die Hülfsfrage entsprechend den Vorschlägen der
... ereinigung republikanischer Presse" gerettet werde. „Die
... amenden Wahlen", so schließt die Resolution, „erfordern
... alle Aktivitäten und engen Zusammenschluß aller republik
... anischen Organisationen, der Männer und Frauen in Stadt
... Land, um eine wahrhaft republikanische, den sozialen deut
... Volkstag ernst bejahende Volkswertung zu schaffen.“

Aus einer Heinen Enklave.

... Als Enklaven sind im Deutschen Reich 126 Gebietsteile
... ihrem „Mutterlande" losgelöst und führen ein merkwürdi
... Sonderleben. Wie das Leben sich in einer solchen Enklave
... spielt, dafür führen wir folgendes Beispiel an:

... Es gibt sechs Kilometer von Lindau am Bodensee entfernt,
... zwischen der bayerischen und württembergischen Grenze, eine
... preussische Enklave, die Herrschaft Achenberg. Die En
... klave besteht aus einem Dorf und 3 Weilern mit 800 Einwoh
... nern. In dem Gebiet, das der Verwaltung des preussischen Lan
... des Hohenzollern — ständige Eisenbahnvermittlung — unter
... steht, gibt es keine preussischen Beamten, sondern nur einen
... Reichsbeamten, den Gemeindeverwalter, der nämlich gleichzeitig
... Posthalter ist. Polizei ist in dem Gebiet, das von keiner Eisen
... bahn berührt wird, ebenfalls nicht vorhanden. Natürlich darf
... der bayerische Schornsteinfeger aus Lindau, der nur sechs Kilo
... meter entfernt wohnt, die Schornsteine der Herrschaft Achenberg
... nicht sehen, sondern zu diesem Zweck kommt der preussische
... Schornsteinfeger aus Hohenzollern, der 5 Stunden Eisenbahn
... fährt und einen Fußmarsch gebraucht, um an die preussischen
... Schornsteine in der Herrschaft Achenberg heranzukommen.

Die ungehörigen Hamburger Deutschnationalen.

... Die Hamburger Deutschnationalen Monatschrift bringt
... in ihrer Novembernummer an leitender Stelle einen Artikel
... des deutschnationalen Landesverbandsvorsitzenden Dr. Arnold
... Lienu, der rückblickend auf den angebliehen Stimmengewinn
... der Deutschnationalen bei den Bürgerwahlen sagt: „Wir
... verdanken es der Zielförderung und der unerbittlichen Vertretung
... unserer Hamburger Auffassungen, wir stehen nicht hinter
... der Würdelei, vor der Verfassung einen Kotau zu machen,
... die schwarz-weiß-roten Farben zu verleugnen, oder für den
... Schutz der Republik auch nur einen Finger zu rühren. Mit Gott
... für Kaiser und Reich ist unsere Lösung in dem Kampfe um die
... Wiederherstellung des Kaiserreiches.“ Die Ham
... burger Deutschnationalen haben sich von jeher als besonders
... ungehörig erwiesen. Das angezogene deutschnationalen Doppel
... schrift ist bei ihnen bis zur höchsten Vollendung gediehen. Die
... Deutschnationalen sind für Verklärung des Republikaus
... gesetzes eingetreten, das dem Kaiser die Würde in das Reich
... weiterhin unmöglich macht. Die Deutschnationalen haben sich
... auf den Schutz der Verfassung und der verfassungsmäßigen
... Farben verpflichtet. Um das alles kümmern sich aber die Ham
... burger Deutschnationalen wenig. Sie machen eben ihre Politik
... auf eigene Faust. Die Parteilichkeit hat offenbar nichts da
... gegen, wenn dieses ungehörige Doppelspiel fortgesetzt wird.

Zwei Millionen Frauen...

... „Die Reichstags- und öffentliche Meinung planmäßig ge
... stützt werden, zeigt folgende Notiz, die unter der Überschrift
... „Zwei Millionen Frauen an den Reichstag“ durch die Presse
... der Reichsparteien geht:
... „Die in der Vereinigung evangelischer Frauerverbände,
... Deutschlands zusammengekommenen zwei Millionen evange
... lischer Frauen warben sich an den Reichstag mit einer Ent
... schließung, in der sie den Regierungsentwurf eines Reichs
... schiedes für eine geeignete Grundlage der Verhandlungen
... erklären und die Erörterung ausprechen, daß die Beratungen
... möglichst beschleunigt werden, damit die Bewirrung im Schut
... weisen endlich aufhöre.“

... Es handelt sich bei den angeführten Vereinen zum aller
... größten Teil um reine Wohlfahrtsvereine. Ihnen gehören Zehnt
... tausende von Lehrertinnen, Hunderttausende von Frauen aus
... demokratischen, vorkommunistischen Kreisen und aus den Simultan
... schulen an. Sie alle sind nur begeistert, um ein Schein
... zur Linderung der allgemeinen Not beizutragen. Es ist
... ihnen bei ihrem Eintritt in den Verein nicht eingefallen, sich
... damit für den kaudelhaften Reichsausgleichsentsatz zu erklä
... ren. — Es muß schon sehr schlecht um eine Sache stehen, die
... zu solch groben Kunstgriffen ihre Zuflucht nimmt.

Parteinachrichten.

... In dem am 8. November erfolgten Rektorswechsel
... an der Bergakademie Clausthal nahm auch der preussische
... Handelsminister teil. Wir bringen seine Rede nachstehend.

Handelsminister Dr. h. c. Schreiber.

... „Zum zweiten Male während meiner Amtszeit
... nehme ich heute im Kreise der Clausthaler Bergakademie
... an einer Feierlichkeit teil. Vor zwei Jahren hat mich die
... 150-Jahrfeier in dem stillen Ort Goslar mit den Menschen
... bekannt gemacht, die an der Akademie wirken. Es ist mir
... eine besondere Freude, heute diese Bekanntheit zu ver
... tiefen und nun auch die Akademie als Einrichtung in ihrer
... Heimat kennenzulernen und den genius loci auf mich wirken
... zu lassen. Es ist ein glückliches Zusammentreffen, daß die
... feierliche Webergabe des Rektorsrat's sich heute verbindet mit
... der Einweihung der Aula, die der preussische Staat bei jener
... schönen Feyer in Goslar der Hochschule als Festgabe mit
... bringen konnte und die nun würdig und vollendet vor uns
... steht. In dieser Verbindung kommt

... die ideale Hebung der Bergakademie
... und die Einwirkung ihrer sachlichen Einrichtungen zum
... lebendigen Ausdruck. Was der beglückte Rektum der
... Vorkriegszeit auch hier in Clausthal veranlaßt, hat das ver
... armte Preußen unserer Tage an Ideen und materiellen
... Leistungen in wenigen Jahren nachgeholt:
... 1919 die Beteiligung der Rektorsratsversammlung,
... 1920 Gründung des Promotionsrechts,
... 1924 die Verleihung weiterer kaiserlicher Ehrenrechte für die
... Professorenschaft.

... Ebenso hat sich die sachliche Ausstattung der Akademie in
... den letzten Jahren entwickelt: 1924 Erweiterungsbau der
... Hochschule.

... In den folgenden Jahren Einrichtung dreier Labora
... torien. Seit 1926 Neubau des Chemischen Instituts, der
... Turnhalle und der Aula. Auch das maschinentechnische Institut
... ist im Werden.

... Ein Vergleich der Aufwendungen, die für die
... Akademie in der Vor- und Nachkriegszeit gemacht
... worden sind, ist lehrreich. In den letzten vier Jahren vor

... dem Kriege an dauernden Ausgaben durchschnittlich all
... jährlich etwa 190 000 Mark. Kein Wonnig für einmalige
... Ausgaben. Dem gegenüber in den vier Jahren nach der
... Inflation an dauernden Ausgaben durchschnittlich 600 000
... Mark, also mehr als das dreifache der Vorkriegszeit und
... an einmaligen Ausgaben alljährlich durchschnittlich etwa
... 450 000 Mark.

... Das sind sichtbare Zeichen eines unbrochenen Lebens
... willens und kulturellen Vormarschreitens, die in Preußen
... lebendig sind und mit denen wir uns alle erfüllen müssen,
... wenn wir wieder vordrücken wollen. Nicht in müder
... Trauer um eine verlorene Vergangenheit, sondern in tat
... kräftigem Zuversicht und fröhlichem Schaffen gestalten wir die
... deutsche Zukunft. Es ist

... das schöne Vorrecht der deutschen Hochschulen,
... darin voranzugehen. Je schwerer der Kampf ums Dasein
... dem deutschen Volke gemacht worden ist, um so größer ist
... die Bedeutung der wissenschaftlichen Forschung und Schulung
... für unser Schicksal geworden. Das gilt auch besonders für
... das Bergwesen. Unser Land ist nicht so reich an natürlichen
... Schätzen, und die Vorkommen, die wir besitzen, sind weit
... weniger günstig gelegen oder gelagert als anderswo in der
... Welt. Die Nachteile, die uns hieraus erwachsen, können
... wir nur ausgleichen, wenn wir die Methoden zur Hebung
... und Aufbereitung unserer Bodenschätze zur höchsten Voll
... kommenheit entwickeln. Es ist der Ruhm Clausthals, hierzu
... allzeit wesentlich beigetragen zu haben, und es steht bei
... Ihnen, meine Kommilitonen, auch in Zukunft diesen alten
... Ruhm zu beherrschen.

... Dabei wird es nicht allein darauf ankommen, unsere
... Fachkenntnisse zu vertiefen und unsere Technik zu verbessern,
... sondern wir werden niemals vergessen dürfen, daß der schaffende
... Mensch der wichtigste Produktionsfaktor ist. Die Arbeit
... des Bergmannes ist schwer und gefährlich. Das legt dem
... Arbeitgeber und dem Staat besondere Verantwortung ihm
... gegenüber auf. Jeder im Bergbau Tätige sollte sich daher
... stets vor Augen halten, daß die beste Technik und Organi
... sation verlernen müssen, wenn es nicht gelingt, Leben und
... Gesundheit unserer Bergleute besser als bisher zu schützen und sie
... mit Freude zu erfüllen an dem Werk ihrer Hände. Das ist
... die große sozialpolitische Aufgabe, die unsere Generation
... auf dem Gebiete des Bergbaus gestellt ist. Und für die
... Wirksamkeit des akademisch gebildeten Bergmannes und
... seine Pflichterfüllung wird es entscheidend sein, daß diese
... Aufgabe gelöst wird, nicht nur von unten herauf unter dem
... Einfluß der vorweltlichen Massen, sondern in ver
... ständnisvollem Zusammenwirken aller am Bergbau
... Beteiligten — lassen Sie mich in diesem Zusammenhang
... ein Wort sagen über

... die Stellung des Akademikers in unserem Volksleben
... überhaupt. Die Kritik, aus denen sich die akademische
... Jugend heute zusammensetzt, haben sich gegen früher er
... freucht erweitert. Immer mehr wird es empfunden, was
... der junge Mensch selbst leidet, nicht was seine Vorfahren
... getan und erreicht haben. Immer mehr gewinnt Oeistes
... Wort auch in geistiger und gesellschaftlicher Beziehung
... Bedeutung: „Was du ererbst von deinen Vätern hast, ererbst
... es um es zu behüten.“ Dementsprechend hat auch die
... Fiktion innerhalb des deutschen Volkes einen neuen
... Inhalt bekommen. An die Stelle der römisch-rechtlich
... erbten der geborenen Bürgerchaft, ist die durch rechtliche
... erkorene Führerschaft getreten. Daraus ergibt sich ein
... wesentlich näheres Verhältnis des Führers zu dem Geführten
... als einst. Klassen- und standesmäßige Abgeschlossenheit
... derer, die zum Führen berufen sind, wäre heute schädlicher
... denn je. Nur der kann in unserm Volke richtig führen,
... der in ihm und mit ihm lebt und sein Führertum allzeit
... als Anlehnung der Kraft empfindet, die ihm aus seinem
... Volkstum erwachsen ist.

... In der Not der Gegenwart dürfen wir Akademiker
... deshalb, wenn wir unserer Führeraufgabe gerecht werden
... wollen, weniger denn je das Trennende betonen, das uns
... etwa in politischen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen An
... schauungen von unsern Volksgenossen unterscheidet, sondern
... wir müssen allzeit und zuallererst die Schicksalsverbunden
... heit allseitig empfinden, die uns mit jedem deutschen
... Volksgenossen auch dann verknüpft, wenn er in einem an
... deren Lager steht. Achtung vor seinem Nebenmann und
... Gehilfen für die Verbundenheit des ganzen Volkes sind die
... Grundlagen jedes echten nationalen Strebens. Darin
... müssen wir

... mit gutem Beispiel vorangehen,
... wenn wir den Anspruch auf Führertum mit Recht erheben
... wollen, das weiteren Blick und tiefere Einsicht zur Voraus
... setzung hat. Freilich, nicht Anspruch, sondern nur Leistung
... gibt uns die Möglichkeit, uns aus Reich und Glied der
... Volksgemeinschaft hervorzuhoben, in die wir uns freudig zu
... stellen haben. „Eigentum verpflichtet“ lautet ein schönes
... Gebot unserer Reichsverfassung. Und das bezieht sich nicht
... nur auf materielle Besitz, sondern wenn das Glück bestes
... det, sich, sich Wissen und Können in reichem Maße zu er
... werben, der muß darin vor allem eine Verpflichtung sehen,
... der Volksgemeinschaft um so hingebender zu dienen und
... niederzugeben, was sie ihm gab.

... Wenn die deutschen Hochschulen in diesem Geiste die
... deutsche Jugend erziehen und schulen, dann können wir in
... zuversichtlichem Glauben an unsere Zukunft allzeit rufen:
... Vivat Academia!

Die Mittelstandsarbeit der Demokratischen Reichstagsfraktion.

... Auch im verflochtenen Sessionsgeschäft ist die Deutsche
... Demokratische Reichstagsfraktion bemüht gewesen, die
... Interessen des Handwerks (Zunnungen) und Gewerbe zu
... fördern und zu vertreten. Eine Reihe von Anträgen, die
... im Interesse dieser Gewerbezunnen gestellt worden sind,
... sind auch vom Reichstag angenommen worden. Der Reichs
... tag hat auch den vom Abg. Billi gestellten Antrag auf
... Abänderung der Gewerbeordnung angenommen dahin
... gehend, daß

- 1. die in Bahnhofsgebäuden und auf den Bahnhofs
... geländen untergebrachten Verkaufstände grundräßig

in die Bestimmungen über Sonntagruhe und Laden- schluß einbezogen werden. Die auf dem Bahnhof- gelände vorhandenen selbsttätigen Verkaufsapparate (Automaten), mittels deren Konfitüren, Zigarren und ähnliche Waren abgesetzt werden, sind als offene Verkaufsstellen im Sinne des § 41a der Gewerbe- ordnung anzusehen. Als dem unmittelbaren Reise- bedürfnis dienend sind je ein Wirtschaftsbetrieb und ein Zeitungsverkaufsstand anzunehmen;

2. Margefäß wird, daß Getreidewasserbüchsen und son- stige Trinkbüchsen, sowie Konfitüren, Zigarren und andere Waren feilgehalten werden, ebenfalls den Be- stimmungen des § 41a der Gewerbeordnung unter- liegen.

Im Interesse des Bauhandwerks hatte der Abg. Bart- scha nachstehende „Kleine Anfrage“ im Reichstag einge- bracht:

„Mit der Reichsregierung bekannt, daß Reichsbehö- den, wie Reichspost, Reichsvermögensverwaltung und Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft die neue Verbin- dungsordnung nicht beachten, sondern nach Grund- sätzen, die der Reichsverbindungsordnung widerspre- chen, von einzelnen Baubehörden des Reiches vorge- gangen wird? Ist der Reichsregierung weiter bekannt, daß die Verordnung des Reichsministers von Schlie- ben von August 1925 noch besteht und ist sie bereit, nach Annahme der Verbindungsordnung diese Ver- ordnung des früheren Finanzministers zurückzuziehen, da die Grundzüge, die zur Herausgabe dieser Ver- ordnung führten, nicht mehr vorhanden sind und da- durch die neue Reichsverbindungsordnung die Frage an sich geregelt ist?“

Bei der Beratung des Etats des Reichswirtschaftsministe- riums hatte die Demokratische Reichstagsfraktion einige Entschlüsse eingebracht, in welchen die Reichsregie- rung aufgefordert wurde,

1. dem Reichstag eine Uebersicht zu geben über die Maß- nahmen der Länderregierungen zur Bekämpfung der Mißstände von Hausierern und Wandergewerbe,
2. dem Reichstag eine Uebersicht vorzulegen über die Tätigkeit in der Preislenkung innerhalb der Kartelle und Trusts.

Diese beiden Entschlüsse sind durch den Reichstag an- genommen worden. Die Reichsregierung hat jedoch bisher noch keine Zeit gefunden, dem Reichstag diese Uebersichten vorzulegen.

Demokratische Kleinentwerferfrage. Den lebhaftesten Bemühungen der Demokratischen Reichstagsfraktion ist es erfreulicherweise gelungen, dahin zu wirken, daß die Par- teien den demokratischen Initiativgegenstand für die Kleinentwerfer dem Sozialen Ausschuß überweisen haben. Im Sozialen Ausschuß hat der demokratische Abgeord- nete Ziegler den Antrag gestellt, diesen Gegenstand als vor- dringlich zu behandeln. Diefem Antrag wurde stattgegeben, und der Ausschuß für soziale Angelegenheiten wird sich in der Zeit vom 14. bis 19. November mit dem Gegenstand der Demokraten befassen. Es kann nur gewinnlich werden, daß der Ausschuß schnelle Arbeit macht, damit endlich die von den Kleinentwerfern geforderte gesetzliche Regelung der ganzen Materie zur Tat wird.

Salle. In die Vorstände aller Kreisvereine und Orts- gruppen sind erneut Rundschreiben zwecks Durchführung der Organisationsbeschlüsse und Einhaltung der festgesetzten Termine zur Einberufung an die Wahlkreisgeschäftsstelle verandt worden.

Bitterfeld. Ortsgruppe der DDP, Sonnabend, den 19. November, abends 8 Uhr wird der Landtagsabgeord- nete Hermann Breslau in Görings Konzerthaus über „Die Entschlüsse über den Rechtskurs (Reichsschul- gesetz — Befolungsordnung)“ sprechen. Die Versammlung ist öffentlich. Die Anhänger aller Parteirichtungen sind hierzu eingeladen.

Weißenfels. In einer von der Ortsgruppe der DDP für Donnerstag, den 17. November, einberufenen Ver- sammlung werden Frau Minister Schreiber und Frau Wolff-Salle über „Die Frauen und der neue Staat“ sprechen.

Merseburg. Anfang November fand im Ratseller die erste Arbeitssitzung des Orts- und Kreisvereins Merse- burg der Deutschen Demokratischen Partei nach der Som- merruhe statt. Der Vorsitzende, Medizinalrat Dr. Kühn- lein gab einen kurzen Querschnitt durch die letzten Ereig- nisse auf dem Gebiete der inneren und der äußeren Politik. Er gestrichelte das Verhalten der Deutschen Volkspartei bei der Beratung des Reichsschulgesetzes im Plenum des Reichs- tages, beleuchtete die Verprechungen des Reichsfinanz- ministers hinsichtlich der Beamtenbesoldung und zeigte die Bedeutung des Braunkohlenarbeiterstreites auf. Der Da- meswertung werde im nächsten Wahlkampfe eine bedeu- same Rolle spielen; man müsse bei der Aufgabenteilung aus diesem Vertrage immer wieder darauf hinweisen, daß der Großgrundbesitzer nichts zahle. Von den 2½ Milliarden entfallen auf die Industrie 300 Millionen (Industrie- belastung), 600 Millionen auf die Reichsbahn, welche durch Rationalisierung, Entlassungen, Verlängerung der Arbeits- zeit und die Beförderungssteuer die Kosten aufbringe. Der große Reiz werde aus Verbrauchssteuern entnommen. Die in der Hauptsache von den Gewerbetreibenden, den Hand- werkern, Beamten, Angestellten und Arbeitern aufgebracht würden. Eine Steuerreform müsse unbedingt erfolgen und dabei nur allem Spezialabkommensgewinne erfaßt und die Erbschaftsteuer bei großen Vermögen ganz beträchtlich erhöht werden. — Das große Ziel, zu dem jetzt alle Kräfte ange- setzt werden müssen, bildet für die deutschen Demokraten der Einheitsstaat. Der Gedanke markiert.

Zweidverbandsvorsitzer Corneli gab einen sehr anschaulichen Bericht über die eindrucksvolle Freiregen- tagung der DDP in Berlin, über die wir feinerzeit berich- teten. Der Referent hob besonders hervor, daß im April

oder Mai Stadtverordnetenwahlen fällig sind, während für den Herbst Reichstags- und Landtagswahlen bevor- stehen. — Medizinalrat Dr. Kühnlein erläuterte ein kurzes Referat über die Verhandlung in Halle. Er ging besonders auf organisatorische Fragen und die Kandidaten- aufstellung für den Reichstag ein. Eine rege Aussprache schloß sich an; sie legte Zeugnis ab für den Willen der Mitglieder, an dem Ausbau der Partei und darüber hin- aus für den Aufbau unseres Vaterlandes nach besten Kräften mitzuwirken.

Quersfurt. (Kreisparität und öffentliche Veram- lung.) Man kann es normenommen: Beide Veranstaltun- gen, die am Sonntag, den 6. November, stattfanden, sind durchweg gelungen. Als der Vorsitzende, Steuerinspektor Friedrich, kurz nach 11 Uhr vormittags, im Saale des Hotels zur Sonne, die Verhandlungen des Kreisparität- tages eröffnete, konnte er außer dem Landtagsabgeord- neten Dr. Bohner und dem Landrat Dr. Wanders- leib eine erfreulich große Zahl von Parteimitgliedern aus dem Kreise und aus Quersfurt selbst begrüßen. Von Waf- kreisverband waren Herr Friedl, Fr. Behle und der Ge- schäftsführer erschienen. Auch aus Naumburg nahm Dr. Holskander an den Verhandlungen teil. Zur Einleitung gab Dr. Bohner einen Uebersicht über die politische Lage, über die Arbeit der Kreisparität, über das Reichsschulgesetz und die Befolungsfrage. Herr Lehrer Zille referierte über die Organisationsarbeit in Halle und deren Beschlässe unter Anführung einer kritischen Be- leuchtung künftiger Aufgaben der Partei. Hieran knüpfte sich eine sehr anregende Aussprache. Ueber den Freiregen- tag und seine politische und agitatorische Bedeutung sprach Landrat Dr. Wandersleib. Der Kaiserpreis stellte eine geordnete Finanzlage des Kreisvereins fest. Da der bisherige 1. Vorsitzende, Steuerinspektor Friedrich, für eine gewisse Zeit um Entlassung bat, übernahm diesen Posten Lehrer Kurt Berthel in Ebersdorf. Sein Stell- vertreter ist Herr Friedrich. — Nachmittags 3 Uhr fand im großen Saale des Hotels zum Stern die öffentliche Ver- sammlung statt. Auch diese Veranstaltung war gut be- sucht. Unter ersichtlicher Aufmerktheit auch der erschie- nenen politischen Gegner führte Dr. Bohner seine Zu- hörer in groß angelegter Rede von der Davesation und dem Verhalten der Deutschnationalen über die Regierungs- bildung und Koalitionsarbeit in Preußen, der Regierung Luther und der verheißten Finanzpolitik Schliebens zum gegenwärtigen Rechtskurs, der außen- und innenpolitisch gegenüber seinen großen Verprechungen mit leeren Hän- den in einen kommenden Wahlkampf hineingehen müßte. Dann folgte eine eingehende kritische Beleuchtung des Neubessigen Schulgesetzentwurfes und seiner schädigenden Auswirkung auf den Geist und die Aufgaben der Deutschen Volksschule und eine ebenso eingehende Schilderung der Mängel der vorgelegten Befolungsordnung. Durch große Verprechungen habe der Reichsfinanzminister Dr. Köhler den Beamten und auch der Wirtschaft einen schlechten Dienst erwiesen. Im Schulgesetz werde die Deutsche Demokratische Partei an dem Grundsatze, den funktionellen Streit von der Volksschule fernzuhalten und jedem Begabten den Auf- stieg zu ermöglichen, festhalten. Für die Beamten trete die Partei ein für eine auskömmliche Befolung und für ta- meratshäftigsten und staatsbürgerlichen Geist anstelle früherer Untermwürdigkeit. Demokratie, Staatsgeist und Selbstbewußtsein stärkten dem deutschen Volke den Auf-

stieg. Den Worten Dr. Bohners, die von keinem geg- higen Zustimmung ungetroffen waren, folgte langan- dauernder Beifall. Auch diese Versammlung war ein kritischer Erfolg. Die Quersfurter Freunde können Freude und Bemühung auf die gelungenen Veran- staltungen zurückschauen. Sie werden jetzt mit neuem Mut die Arbeit gehen.

Kreisverein Quersfurt. Ueber die wertvollen Fö- hungen Dr. Bohners in der Vertrauensmännerversam- lung geht uns noch nachstehender Bericht zu: Zunächst erst Herr Dr. Bohner die Versammlung durch einen ausge- wählten Vortrag über die politische Lage. Er führte e- aus: Die peinliche Lage, in der sich das Zentrum befin- det wegen des Zweifels seiner preußischen und seiner Re- politik, läßt dieser Partei eine Trennung der preußi- schen Landtagswahlen von der Reichstagswahl erwünscht scheinen. Die DDP braucht einen Wahlkampf nicht scheuen. Nur muß die politische Arbeit nach Nauma- Markt, in der Ecke, d. h. im kleinen, geleistet werden, so- sie im großen Erfolg haben soll. Die DDP erhält die Stimmen aus dem Kreise der liberalen Intelligenz des Mittelstandes. Diese Kreise gilt es, aufs neue zu- fassen. Die Intelligenz wird zur Zeit durch den Re- chulgesetzentwurf hart erregt. In dieser Frage will die DDP nicht dastehen, daß die Schulverwaltung dem Will der Eltern ausgeliefert werde, denn auf keinem sonstigen Gebiet hat der Bürger das Recht, direkten Einfluß auf die Verwaltung zu haben und deren Kosten. Das gleiche Sach- staatses ferner will die DDP. Eine einseitige Un- richtungsverwaltung für alle Schulen, wie sie in Frankfurt besteht. Der Religionsunterricht soll konfessionell blei- ben und nicht „religionsfeindlich“, aber in dem über- gänzlich lehnt die DDP eine konfessionelle Echeidung i- Kinder ab. Die Anhänger der weltlichen Schule soll- bedenken, daß die Volksschule deprimieren, wenn sie dogmatisch festliegen, sei es auch auf das weltliche Dogma. Die katholische und die evangelische Kirche m- den durch den Ausbau der Bekennnisschulen nur gefö- dert werden. Zur Gewinnung der Mittelklassen em- pfiehlt Dr. Bohner steten Hinweis auf die Mittelstän- delpolitik der Freiregenregierung. Der demokratische Finan- zminister hat die Steuern von Jahr zu Jahr gekürzt. I- Hauszinssteuer wird in Preußen nur in ermäßigter Höhe (40 Prozent) erhoben. Gerade die Wirtschaftspartei hat diese Steuer bewilligt. Die Erträge der Hauszins- steuer dienen dem Wohnungsbau und der Rentnerfürsorge. Die Gewerbesteuer ist gekürzt und gemildert worden. D- preußische Handelsminister Dr. Schreiber treibt auch- sprodene handwerkfreundliche Politik. Um die Frauen- gewinnen, muß das Verdienst der DDP, um die friedli- Entwicklung betont werden. Ein „Rüchelm III.“ würde in Bürgerkrieg und neuen Weltkrieg führen, zumal d- Hohenzollern in letzter Zeit nichts von den sittliche- Qualitäten eines Hindenburg gezeigt hätten. Unsere Ver- gabe ist Schaffung eines Bloks der wohllosen kleine- Wälder zur Erhaltung des Friedens. Im Inneren frech- wird zum Einheitsstaat. Doch nicht unter Zerstücklung- Preußens und unter Entziehung neuer Kleinstaaterei. D- DDP. verfolge überall eine gerade Linie, und daher bit- fen wir optimistisch in die Zukunft sehen!

Für die Schriftleitung verantwortlich: J. Dornblüth, Halle a. S. Druck: Hugo Alpers, Delitzsch.



Millionen

Schuhe werden täglich mit Nigrin gepulzt. Es gibt zwar zahlreiche andere Schuhkremsorten. Aber nur die eine, schriftlich garantiert reine Marke Nigrin mit dem Dosenöffner ist dem Leder am zuträglichsten!

Achtung!
Direkt vom Bauer!
Erstklassige böhmische Bettfedern

von der altbekanntesten Firma v. Frücher aus Böhmen. Nur re- staubfreie Qualitäten 1,45, wei- 3,50, 4,25, 5,50, der beste He- schäftsartikel mit Vollanden 6,7- 7,25, reine Daun 8,10, Schw- Daun 12 Mk. Bestellungen un- Muster werden frei ins Ha- gesandt, nicht getallene neh- lich auf Kosten wieder zurück- Bestellungen von der Ha- niedrige Franz Palz- Spezial-Bettfedervernanc- en gros u. detail, Sagan I. Sch- Fischendorfer Str. 10.

Eisu- u. Me- Betten
Stahlmatratzen, Kinderbetten- günst. an Private. Katal. 1927 fr- Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Straßen- und Gesellschafts- Anzüge
Damen- und Herren- Mäntel
in allen Größen, durch kleine- Spesen ganz billige Preise

Etagegeschäft
D. Wadewitz Nachf.
Leipzig, Windmühlenstr. 331

Hausfabrikation
richten wir ein.
Dauernde und sichere Existenz- oder Nebenverwerb.
Auskunft kostenlos.

Chemische Fabrik Ansbach
Inh.: R. Münkner.
Feils-Ansbach

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland

Streiks, höhere Gewalt und Betriebsstörungen entbinden den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Abonnementpreis: Für die halbjährige Zeit 10 Reichsmark. —
Einzeln im Abonnement 0,50 Mk. —
Einzeln im Einzelverkauf 0,10 Mk. —
„Politischer Wegweiser“ Halle (Saale),
Gr. Brauhausstraße 30.

Nummer 46 Halle (S.), 12. November 1927 3. Jahrgang

Die Krise der Finanzpolitik

Das Echo der Berufentilgung

Die Berufentilgung der Deutschen Banker über die deutsche Antwort ist mit besonderer Spannung worden, nachdem Indiskretionen schon einiges von den Verhandlungen des Reparationskongresses bekannt hatten. Deshalb hat auch Gilbert seine Zustimmung zu dieser Berufentilgung erteilt, die er ursprünglich nicht hatte. Wir kennen nun im einzelnen seine Meinung gegen die deutsche Finanzpolitik und ferner auch die Gründe der Reichsregierung. Einen aberwitzigen Eindruck hat die deutsche Note nicht gemacht. Nicht einmal in London. Außer einigen Zentrumsblättern, wie der „Tagespost“, die offenbar den Parteifreund Dr. Köhler nicht ohne Grund nicht wohlwollend, selbst Organe der Zentrumspartei, so zum Beispiel die „Tägliche Rundschau“, die Tatist als nicht gerade gefickt bezeichnet, war man sich über den Inhalt der Note einig. Das im Ausland aber ist einleuchtend. Dabei stellt die französische Presse, soweit sie für eine Berichtigung Deutschlands eintritt, noch beschämungswürdig ab. Absehbare aber zeigen sich die anmaßlichen Ziele. An ihrer Spitze die Londoner Times, bei der allerdings etwas unsichere Erwägungen den Ausschlag geben. Sie hat immer mit besonderer Vorliebe die Meinung amerikanischer Kapitalisten an der deutschen Inflation beobachtet und eine Stärkung des deutschen Weltbaus daraus befristet. Aber auch so bleibt die Tatbestehen, daß in dieser Frage die Weltmeinung über die deutsche Antwort ablieht.

Das amerikanische Schachmat

Am wichtigsten als die Stimmen der Presse sind die Meinungen, die das Schachmat in Washington zu dieser Angelegenheit abgegeben hat. Sie sind unbedingt ablehnend. Man hat Deutschland vor, es habe die Kontrolle der Finanzen für die Länder und Gemeinden nicht genügend durchgesetzt und diese auch jetzt noch keine Gewähr für eine verlässliche Anleihepolitik. Daraus entsteht naturgemäß die Forderung, daß die internationale Weltmarkt auf amerikanische deutsche Forderungen verweist. Wir sehen in eine gewisse Überstimmung, denn wie die deutsche Antwort ganz richtig ausführt, sind die deutschen Städte mehr als etwa die amerikanischen Unternehmen. Gas, Elektrizität, Straßenbahn und weiteres gehört uns zu den kommunalen Aufgaben, die als produktive Aufgaben naturgemäß Kapital erfordern, wenn sie arbeiten sollen. Trotzdem wird man augenblicklich müssen, daß man sich diesen Aufgaben widmen muß. Wenn man sich nicht, welchen heftigen Angriffen der Reichsbankpräsident Dr. Schacht begegnete, als er zu brechen verweigerte, wird man auf jeden Fall scheitern müssen, daß er eine seine Witterung für die Empfindungen des Auslandes. Wäre man ihm gefolgt, so hätte sich vielleicht manches vermeiden lassen. Vor allem aber wird man feststellen müssen, daß dieses schroffe Echo nicht nötig ist. Die deutsche Antwort mußte nur geistreich abgefaßt werden, und was das wesentlichste ist, sich auf eine Finanzpolitik berufen können, an der es schwer war, Kritik zu üben.

Parteipolitik hat Staatspolitik

Seit dem Sturz des vorigen Kabinetts und der Ernennung Dr. Brüning durch Dr. Brüning ist die deutsche Regierung in unpopulärer Weise von der Partei- und Parteipolitik befreit. Die Fehler begannen sofort nach der Bildung der neuen Regierung. Zunächst erlosch man die deutschen Staaten ihren Anteil an der Biersteuer und vergrößerte die Garantie, die ihnen für das Aufkommen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer gegeben wurde. Man kam partikularistischen Wünschen entgegen, namentlich der bayerischen Volkspartei, die ja in der ganzen Frage die unbefristete Führung hat. Schon nach erfolgte eine vorläufige Warnung des Generalratens, die denn auch bewirkte, daß Dr. Brüning jede weitere Veränderung des Finanzausgleichs als untragbar einschätzte. Aber das genigte nicht. Man mußte sofort eine Verwaltungsreform in Angriff nehmen, die natürlich dann einen Sinn hatte, wenn sie bewußt auf Ver-

einseitigkeit des Reiches ausging. Angekündigt worden ist sie auch in der deutschen Note, aber in sehr ungeschicklicher Form und mit der Betonung, daß man das geschäftliche Gewerbe nicht außer Acht lassen darf. Im Grunde genommen ist das eine neue Begründung vor dem Parteifuturismus. Und wäre die Vereinfachung des Reiches eine der Hauptaufgaben der Gegenwart. Wir haben nicht das Vertrauen zu der jetzigen Regierung, daß sie diese Vereinfachung mit der notwendigen Entschlossenheit durchführen wird. Aber aus dem Memorandum Gilberts ließ erkennen, daß gerade darauf der Schwerpunkt gelegt worden ist.

Die neuen Gesetze

Herr Dr. Brüning verteidigt die drei großen Gesetzeswerke, die augenblicklich den Reichstag beschäftigen. Bei diesen hat er unbedingtes Recht und kann verlangen, daß das deutsche Volk entschlossen hinter ihm tritt. Die Verfassungsreform ist angeht der herrschenden Meinung eine Notwendigkeit, an der man nicht ohne schweren Schaden für das Beamtenum und damit den Staat vorbeugen kann. Die Erhebung des Liquidationsgesetzes ist eine Ehrenpflicht der Nation. Zwei Jahre warten jetzt die Auslandsdeutschen auf die ihnen zugesagte Entschädigung. Sie ist sowohl rechtlich wie moralisch begründet. Wenn wir wünschen, daß in Zukunft wieder Auslandsdeutsche als Kulturträger und Bioniere der Wirtschaft hinaus gehen, dann müssen sie auch das Gefühl haben, daß das Reich hinter ihnen steht. Das Schulgesetz hätte man ruhig preisgeben sollen, denn es hat an sich schon keine Eristenzberechtigung und wird nur Unheil stiften. Je eher es verschwindet, umso besser für den inneren Frieden. In diesem Punkte können wir der Regierung keine Gefälligkeit leisten. Leider aber macht es den Eindruck, als ob die herrschenden Parteien genau das Umgekehrte beabsichtigen. Sie kämpfen erdichtet um das Schulgesetz, das zwar Herr Dr. Brüning ein Beweis von Toleranz bezeichnet hat, aber genau das Gegenteil ist, während sie sich in den beiden anderen Fragen offensichtlich bereits auf dem Rückzug befinden. Wir glauben, nicht falsch unterrichtet zu sein, wenn wir sagen, daß sehr stark Meinung dafür besteht, das Liquidationsgesetz einfach ruhen zu lassen und das Beamtenbedienstungsgesetz in einer Form zu erledigen, die nicht berechtigenden Wünschen entspricht. Man möchte gern die Diener der Nation mit einem Aufschlag abfinden und die eigentliche Reform vertagen. Diese Art Politik zu machen wird ja hoffentlich bei den Wahlen die Antwort des deutschen Volkes finden.

Dämmernde Erkenntnis

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete von Freytag-Loringhoven galt lange Zeit hindurch als einer der Reishörner seiner Partei. Umso bemerkenswerter ist es, daß er jetzt in Göttingen in einer öffentlichen Versammlung den Reaktionen gegen die einen erheblichen Abbruch seiner radikalen Stimmung bewiesen. Wenn er das Recht hat, das ihm persönlich ganz die Mitte zugehen würde, so ist das nach unserer Auffassung falsch. Gerade die liberalen Parteien werden dabei nicht auf fahren und es ist ein Zeichen ihres Verantwortungsgefühls, daß sie trotzdem für eine Form eintreten, nachdem sich mancherlei Uebelstände in der bisherigen Praxis ergeben haben. Viel interessanter ist es, wenn er eine Verwaltungsreform wünscht, die sich dem Einheitsstaat nähert. Wir hoffen, daß die Deutschnationalen geschlossen diesen Wandel mitmachen. Entbehrlich werden kann ihre Hilfe nicht da das Zentrum mit Rücksicht auf seine süddeutschen Anhänger und die bayerische Volkspartei hier völlig versagt, aber sich wahrscheinlich gern überkommen lassen würde. Herr von Freytag-Loringhoven hat sich dann auch mit der Staatsform beschäftigt und erklärt, die Monarchie könne nur nach gewaltigen außenpolitischen Veränderungen wieder errichtet werden. Das bedeutet einen tatsächlichen Verzicht, denn es macht die Herstellung monarchistischer Hoffnungen von Wundern abhängig.

Der Storch am See

Lloyd George hat wieder eine innerpolitische Rede gehalten, die schon als Auftakt zu dem Wahlkampf zu betrachten ist. Das soll man sich namentlich bei uns sagen und nicht trüchtige Hoffnungen an seine Worte knüpfen.

Als es noch im Amt war, hat es alles das gemacht, was er jetzt kritisiert und wir haben die kritische Reflexion, daß er, zur Macht zurückgekehrt, sich nicht anders verhalten würde. Bislang ist er immer gewesen. Am besten kann man sich sein Anspruchs über das Haus des Lords von dem er sagte, sein bester Teil liegt, wie bei den Kartoffeln, unter der Erde. Er hat auch jetzt ein sehr wichtiges Wort geprägt und seinen intimen Begleiter Chamberlain mit einem Storch verglichen, der am Lago Maggiore auf einem Stein steht und sich auf seinen Beinarbeitern ausruht. In der Geographie ist der große Staatsmann immer schlecht behandelt worden und so ist ihm auch hier ein kleiner Irrtum unterlaufen. Doch das will nicht ändern. In der Sache selbst ist er nicht im Recht. Auch wir haben mit wachsender Ungeduld die Auswirkungen von Locarno erwartet und sind über ihr bescheidenes Ausmaß enttäuscht gewesen. Auch wir hätten manchmal eine größere Entschlossenheit der englischen Politik für richtig erachtet. Aber der Grundfehler liegt in der Vergangenheit, für die Lloyd George verantwortlich zeichnet. Er war es, der in Versailles die Vornachstellung Frankreichs schuf, an der jetzt London so häufig haben muß. Chamberlain kann seinen Willen nicht durchsetzen, solange in Paris Poincaré regiert. Man muß daher abwarten, wie die französischen Wahlen im Mai ausfallen. Sollten die englischen Liberalen, wozu übrigens wenig Aussicht besteht, da bei den Gemeinderatswahlen die Arbeiterpartei auf ihre und der Konservativen großen beträchtliche Gewinne erzielt hat, wieder als Majorität, so hätte er ja eine ausgezeichnete Gelegenheit, gegebenes Unrecht wieder gutzumachen. Vorzugsüberbeeren oder können wir ihm nicht spenden?

Der Postkasteposten in Washington

Nachdem nunmehr die Entscheidung gefallen und der Nachfolger für Baron Malpas ernannt worden ist, lohnt es sich schon auf die Vorgänge, die sich daran knüpfen, zurückzuführen. Ein erbitterter Kampf hat uns Deutschen eingelegt, sobald Malpas das Opfer des Eingangs geworden war. Manche Kandidaten haben es abgelehnt, nach Washington zu gehen. Zum Teil spielten politische und persönliche Gründe mit. Andere, die hart bedrängt wurden und sich dem nicht widersetzen konnten, brachten für die Entscheidung ein. Man möchte gern die Diener der Nation mit einem Aufschlag abfinden und die eigentliche Reform vertagen. Diese Art Politik zu machen wird ja hoffentlich bei den Wahlen die Antwort des deutschen Volkes finden.



Es ist bei den Verhandlungen im Hinblick auf die Einbindung des Postkastepostens in Washington nicht sehr günstig. Einmal, weil Polen überbeanspruchte Forderungen stellt, die einfach unannehmbar sind, so dann aber auch weil die Gegenstände zwischen Industrie und Landwirtschaft gerade in dieser Frage heftig aufeinanderprallen. Der deutsche Dänen besonders wehrt sich gegen die Einfuhr von Kartoffeln und Schweinen, die ihn schwer treffen würde. Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß diesmal die Landwirtschaft beinahe ausnahmslos aufkommen steht und damit die Schwierigkeiten ungemessen groß sind.

Richard May

Die Werbearbeit

für die Deutsche Demokratische Partei muß jetzt wieder aufgenommen werden. — Jeder Demokrat ist zur Mitarbeit verpflichtet.

pflege
plegen